

**Sachantrag für den TOP „Rückbau der L600“ im Bau- und
Umweltausschuss/im Gemeinderat**

Der Bau- und Umweltausschuss/Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadt Heidelberg stellt fest, dass die vorgeschlagenen Änderungen des Planfeststellungsbeschlusses zum Bau der B535 und Rückbau der L 600 durch den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags auf der Basis der jetzt vorliegenden Vorschläge für die Stadt nicht akzeptabel ist und fordert das Regierungspräsidium auf, den Rückbau der L 600 endlich durchzusetzen.

Begründung:

Das Regierungspräsidium muss endlich den Rückbau der L 600 durchsetzen. Die Trasse der B 535 im Süden Heidelbergs war auf Drängen von Sandhausen und gegen den erbitterten Widerstand Kirchheimer Bürger auf Heidelberger Gemarkung gelegt worden. Der teilweise Rückbau der L 600 ist beim Bau der Bundesstraße als ökologische Ausgleichsmaßnahme festgesetzt und in einem langwierigen Verwaltungsgerichtsverfahren bestätigt worden. Die Gemeinde Sandhausen hintertreibt diese Maßnahme seit mehr als 20 Jahren mit allen Mitteln, um ein neues Gewebegebiet zu erschließen. Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag mit den Naturschutzverbänden zur Änderung der Planfeststellung scheiterte daran, dass Sandhausen auch andere Entsiegelungsmaßnahmen kategorisch ablehnte. So auch einen Rückbau der Straße „Am Forst“, die ein wertvolles Dünenbiotop durchschneidet, das als zusammenhängendes Naturschutzgebiet ausgewiesen werden soll.

Das Regierungspräsidium als Rechtsaufsichtsbehörde muss jetzt tätig werden und notfalls den Rückbau in Ersatzvornahme veranlassen.

Heidelberg, den 14.10.2013

Arnulf Weiler-Lorentz